

Editorial

Autor(en): **P.F.**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **15 (1995)**

Heft 29

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Editorial

Wenn die Chefs der multinationalen Konzerne und Banken wie Barclays Bank, IBM Europa, Imperial Chemical Industries (ICI), Mercedes Benz, Olivetti und so weiter offene Ohren bei den EU-Kommissionspräsidenten Delors und Santer gefunden haben, so gilt dies leider nicht für die andere Seite.

K. Zwickel, IG-Metall, FAZ, 9.2.1995

Besorgniserregend ist nach IG-Metall-Chef K.Zwickel die neoliberale Stoßrichtung von Kommissionsdokumenten zur Beschäftigungskrise und Wettbewerbsfähigkeit, die auf dem EU-Gipfel vom Dezember 1994 in Essen verabschiedet wurden. Auf die frappierende Ähnlichkeit mit Dokumenten der Unice, des Dachverbands der europäischen Unternehmerverbände, und des Europäischen Runden Tisches, der vierzig multinationale Unternehmen vereint, hat die 'Financial Times' hingewiesen. Das unternehmerische Zukunftsprogramm - mehr ökonomische und soziale Deregulierung, weniger öffentliche Ausgaben - widerspricht den Absichtserklärungen früherer Kommissionsdokumente, die der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der wachsenden Armut in Europa zugrundegelegt wurden. Delors' „Visionen“ eines einheitlichen und regulierbaren Wirtschafts- und Sozialraums, in dem Millionen von neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden sollten, scheitern nicht nur am Streit über Finanzierungsinstrumente. In Konkurrenz mit den USA und den asiatisch-pazifischen Staaten verfolgt die EU verstärkt die Sicherung des „Wirtschaftsstandorts Europa“ (NZZ) - die Wohlstandssicherung in Westeuropa.

Der in den Strukturen und Institutionen der EU verankerte Wettbewerbsprotektionismus blockiert die Herausbildung einer kohärenten Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik. Die Chancen einer Europäisierung von tarifpartnerschaftlichen Regulierungen und Mitbestimmungsrechten beispielsweise, die nach K. Zwickel nur durch eine konzertierte Aktion von nationalen und europäischen Gewerkschaften, von nationalen und europäischen Parteien mit der EU-Kommission möglich wäre, stehen schlecht.

Die seit Monaten laufenden Grundsatzdebatten über „Maastricht II“ mit Blick auf die 1996 geplante Regierungskonferenz zur Überprüfung des Maastrichter Vertrages machen deutlich: Die europäische Integration ist in Krise geraten - die EU als „politisches Projekt“ ist gefährdet. Das „Europa der Konzerne und Banken“ bedient sich der EU als eines riesigen Operationsfeldes für profitmaximierende Geschäftsstrategien. In Anbetracht der sich verschärfenden Interessengegensätze unter den EU-Staaten u.a. in der Frage „Vertiefung oder Erweiterung?“ ist es nicht mehr ausgeschlossen, daß die Wirtschafts- und Währungsunion zur Freihandelszone regrediert, in der die D-Mark an Gewicht gewinnt.

Inzwischen ist von unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten die Rede. Frankreich und Deutschland, „Motor“ und „Kern“ der europäischen Integration, bauen seit dem weltpolitischen Umbruch von 1989/90 ihre Führungsrollen in einem neu geordneten Europa aus: Westeuropa als militärisch abgesicherte Großmacht, in deren Rahmen nationale Interessen- und Hegemonialpolitik weiterhin verfolgt wird, wie Chiracs Wiederaufnahme der Atomversuche zeigt. Mit der geplanten neuen Aufgabe der westeuropäischen Union (WEU) „als Instrument der EU für die internationale Krisenbewältigung“ (FAZ, 3.6.95) unter NATO-Kommando forcieren der deutsche Verteidigungsminister V. Rühle und Außenminister K. Kinkel die Militarisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die Außen- und Militärpolitik der EU werden zur Basis der europäischen Identität. Rühles „Sicherheitsarchitektur“ für den EU-„Stabilitätsraum“ hat nichts mehr mit dem Friedensprojekt Europa zu tun, wie es mit der „Charta von Paris für ein neues Europa“ 1990 von KSZE-Teilnehmerstaaten anvisiert wurde. Die EU verbaut die Zukunft Europas als Zivilmacht.

Der Vorschlag der SPD, neben dem Umweltschutz eine „Charta europäischer Bürgerrechte“ in den Maastrichter Vertrag aufnehmen zu lassen, kollidiert mit der von ihr mitgetragenen Europäisierung der Innen- und Justizpolitik der EU, der neben Wirtschafts- und Währungsunion „dritten Säule“ im Vertrag. Die „Verpolizeilichung“ der Ausländer- und Asylpolitik, die repressive Abschiebepaxis und die Zwangsmaßnahmen in einigen EU-Staaten und in der Schweiz dienen der Abschreckung nach außen und der Befriedung nach innen; Konzepte „selektiver Zuwanderung“ setzen sich in der Migrationspolitik durch.

Bereits der klassen- und staatenübergreifende Werbeslogan der SPD zur Europawahl 1989 „Europäer aller Länder - vereinigt Euch!“ verriet eine Rhetorik des Supra- und Euronationalismus innerhalb der „europäischen Linken“. Es ist der Liberale und ehemalige Brüsseler EG-Kommissar R. Dahrendorf, der in der EU die Anwendung universeller Prinzipien einer „Weltgesellschaft der Bürgerschaft und Solidarität“ (What's Left? 1993) vermisst und provokant festhält: „Europa ist für manche Linke zur Ersatzutopie geworden“.

P.F.